
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;


Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;


Aufgrund des Protokolls Nr. 55/2018 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 8. Mai 2018;

Aufgrund des am 26. April 2018 an den föderalen Beschäftigungsminister gerichteten Antrags auf Konzertierung in Anwendung von Artikel 6 §3bis Nummer 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; in Erwägung, dass innerhalb von 30 Tagen eine Stellungnahme vorlag;

Aufgrund der Stellungnahme des Landesamtes für soziale Sicherheit vom 24. Mai 2018;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. Juni 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 12. Juni 2016;


In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts-und Sozialrates vom 22. Mai 2018;

In Erwägung des Gutachtens des Öffentlichen Programmierungsdienstes Soziale Eingliederung vom 30. Mai 2018;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:
2. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Für die Anwendung der Kapitel 1 – 4 und des Artikels 59 versteht man unter Arbeitsantritt den Tag, an dem:
1. der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte tatsächlich eingestellt wird;
2. ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen ist;
Art. 2 – Nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden gleichzusetzende Personen

1. beim Arbeitsamt als arbeitsuchend eingetragen sind;
2. nicht der Schulpflicht unterliegen;
3. nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben.

Art. 3 – Der Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzende Zeiträume

Der in Artikel 3 Nummer 4 des Dekrets erwähnten Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt sind folgende Zeiträume gleichzusetzen:
1. der Zeitraum, in dem der Arbeitsuchende bei der zuständigen Behörde eines anderen Teilstaats als arbeitsuchend eingetragen und während dem er nichtbeschäftigt ist;
2. der Zeitraum innerhalb eines Zeitraums der Eintragung beim Arbeitsamt, in dem der Arbeitsuchende durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist, unter Statut ist oder eine hauptsächliche Tätigkeit als Selbstständiger ausübt, insofern die Gesamtdauer dieses Zeitraums nicht mehr als 30 Tage beträgt;
3. der Zeitraum des Bezuges einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder ordnungsrechtlichen Bestimmungen über die Kranken- und Invaliditätspflichtversicherung oder über die Mutterschaftsversicherung, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt;
5. der Zeitraum des Bezug des finanziellen Sozialhilfe für Personen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das Eingliederungseinkommen haben und die im Bevölkerungsregister oder Fremdenregister eingetragen sind;
6. der Zeitraum der Haft- oder Gefängnisstrafe, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt;
9. der Zeitraum einer der Berufsausbildungen, die durch das Arbeitsamt oder durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben organisiert oder anerkannt sind und deren Liste der Minister festlegt;
10. ein Zeitraum von höchstens 12 Monaten für nichtbeschäftigte Arbeitsuchende, die nicht als arbeitsuchend eingetragen waren, da sie freiwillig ihre Karriere unterbrochen haben, um für die Erziehung ihrer Kinder oder für sich in einer Situation der Abhängigkeit und der Unselbständigkeit befindende Familienangehörige zu sorgen, und die sich auf dem Arbeitsmarkt wiedereingliedern;

Der Minister kann den in Absatz 1 Nummer 9 erwähnten gleichzusetzenden Zeitraum für alle oder für einzelne Berufsausbildungen begrenzen.
Art. 4 – Gültigkeitsdauer der Bescheinigung

Die Gültigkeitsdauer der Bescheinigung beträgt 4 Monate.

Die Bescheinigung führt eines der folgenden Gültigkeitsdaten an:
1. das Datum, an dem die Bescheinigung beim Arbeitsamt ausgestellt wird, insofern der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende noch nicht eingestellt wurde, oder;
2. das Datum des Arbeitsantritts oder des Beginns einer in den Artikeln 9, 12 oder 13 des Dekrets erwähnten Maßnahme.

Die Bescheinigung wird spätestens am 20. Tag ab dem in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Datum beim Arbeitsamt beantragt.

Der Minister legt auf Vorschlag des Arbeitsamtes das Muster der Bescheinigung fest.

Wird eine neue Bescheinigung innerhalb der Gültigkeitsperiode der vorherigen Bescheinigung beantragt, wird ein Duplikat mit derselben Gültigkeitsdauer wie die der vorherigen Bescheinigung ausgestellt.

Das Arbeitsamt kann einem nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden von Rechts wegen eine Bescheinigung ausstellen, wenn es über alle nötigen Informationen verfügt, um eindeutig festzustellen, dass der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende AktiF- oder AktiF PLUS-berechtigt ist.

Das Arbeitsamt kann eine Kopie der Bescheinigung an Dritte übermitteln, insofern diese ein berechtigtes Interesse haben.

Art. 5 – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die in Artikel 16 des Dekrets erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind:
1. die in Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfenzentren vorgesehene Maßnahme;
4. die in Artikel 55, 57, 58 und 61 des Dekrets vorgesehenen Maßnahmen;
5. die im Rahmen des Dekrets vorgesehene AktiF- oder AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung.

Art. 6 – Neueinstellungen

§1 Unter Neueinstellung im Sinne von Artikel 21 und 26 des Dekrets versteht man den Arbeitsantritt eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten, insofern er innerhalb eines Jahres nicht beim selben Arbeitgeber oder einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Auswahl von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer in Artikel 5 erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren.
§2 – Wird ein Arbeitnehmer im Rahmen des Dekrets bei einem Arbeitgeber beschäftigt und nach einem zwischenzeitlichen Unterbrechungszeitraum beim gleichen Arbeitgeber innerhalb eines Jahres erneut beschäftigt, werden für die Berechnung der in den Artikeln 11, 21 und 26 des Dekrets erwähnten Perioden und Zuschussöhöhen diese Unterbrechungszeiträume Beschäftigungsperioden gleichgesetzt.

Ist die in Artikel 11 § 1 des Dekrets festgelegte Gewährungsdauer der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse abgelaufen, findet Artikel 5 Nummer 5 keine Anwendung.

Im Falle von Absatz 1 ist ein Wechsel zwischen den Anwendungsbereichen der Kapitel 3 und 4 des Dekrets gemäß Artikel 30 des Dekrets nicht möglich.

§3 – Für die Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 2 des Dekrets ist eine erneute Bescheinigung nicht notwendig, wenn der in §2 erwähnte Unterbrechungszeitraum weniger als 2 Monate beträgt.

Art. 7 – Unvereinbarkeiten


KAPITEL 2 – ZUSCHUSSBEDINGUNGEN

Abschnitt 1 – AktiF-Berechtigte

Art. 8 – Unfreiwillig verlorene Arbeitsstelle

Unter unfreiwillig verlorenen Arbeitsstelle im Sinne von Artikel 5 des Dekrets versteht man:
1. das Verlieren der Arbeitsstelle aufgrund einer Kündigung durch den letzten Arbeitgeber;
2. die Nicht-Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags;
3. das Verlieren der Arbeitsstelle aus amtlich festgestellten gesundheitlichen und/oder psychologischen Gründen;
4. die Beendigung der Selbstständigkeit infolge eines Konkurses.

Handelt es sich um einen älteren Arbeitsuchenden im Sinne von Artikel 5 des Dekrets, so ist dem Antrag eine ehrenwörtliche Erklärung beizufügen, die bestätigt, dass dieser seine letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren hat.

Die in Absatz 1 erwähnten Gründe werden auf Anfrage des Arbeitsamts oder des Minis-
teriums anhand von zweckdienlichen Belegen nachgewiesen.

_Art. 9 – Zusätzliche Bedingungen zum Erhalt des AktiF-Zuschusses für Opfer von Umstrukturierungen_

Um in den Genuss eines AktiF-Zuschusses gemäß Artikel 7 des Dekrets zu kommen:
1. ist der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende im Besitz der in Artikel 15/1 des Königlichen
   Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen erwähnten
   Ermaßigungskarte für Umstrukturierungen;
2. verfügt der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende höchstens über einen in Artikel 4 Ab-
satz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnten Ausbildungstitel.

_Abschnitt 2 – AktiF PLUS-Berechtigte_

_Art. 10 – Verminderte Arbeitsfähigkeit_

Als vermindert arbeitsfähig im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets gilt
der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende, der:
1. die medizinischen Bedingungen erfüllt, um Anspruch auf eine Beihilfe zur Ersetzung
   des Einkommens oder auf eine Eingliederungsbeihilfe im Rahmen der Behinderungsgesetz-
   gebung zu haben;
2. als Zielgruppenarbeitsnehmer bei einer beschützenden Werkstätte oder einer sozialen
   Werkstätte beschäftigt war;
3. aufgrund einer körperlichen oder geistigen Unfähigkeit von mindestens 66% einen
   Anspruch auf erhöhte Familienleistungen begründet;
4. eine Beschenkung der Generaldirektion Personen mit Behinderung des Föderalen
   öffentlichen Dienstes soziale Sicherheit zur Bewilligung von sozialen und steuerlichen Vor-
   teilen besitzt;
5. eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von mindestens 55% aufweist, die durch einen
   vom Landesamt für Arbeitsbeschaffung anerkannten Arzt gemäß dem in Artikel 141 des
   Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit vorgese-
   henen Verfahren festgestellt wurde;
6. durch das Arbeitsamt als arbeitsmarktfremd eingestuft wird aufgrund einer Kombina-
tion von psycho-mediizinisch-sozialen Faktoren, die seine Gesundheit und/oder seine Soz-
naleingliederung und somit seine Berufseingliederung derart beeinträchtigen, dass er in-
nerhalb der nächsten 12 Monate nicht mehr in der Lage ist, am gewöhnlichen Wirtschafts-
kreislauf teilzunehmen oder im Rahmen einer begleiteten und angepassten Arbeit zu ar-
beiten;
7. eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit aufweist, die durch einen vom Arbeitsamt aner-
   kannten Arzt festgestellt wird und die dem in Nummer 5 erwähnten Prozentsatz ents-
 spricht.
8. einen Unterstützungsplan der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für
   selbstbestimmtes Leben im Rahmen der in Artikel 11 §1 Nummern 2 und 3 des Dekrets
   vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben er-
   wähnten Aufgaben vorweist.

_Art. 11 – Einstufungstest zur Ermittlung des Sprachniveaus_

Für die Anwendung von Artikel 8 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets sorgt das Arbeits-
amt für einen Einstufungstest zur Ermittlung des Sprachniveaus des Arbeitssuchenden,
 wenn dieser weder über ein Diplom oder ein offizielles Zertifikat über die Beherrschung
der Sprache, das ihm das Mindestsprachniveau B1 in Deutsch noch über ein Diplom oder ein oben erwähntes Zertifikat, das ihm das Mindestsprachniveau B1 in Französisch bescheinigt, verfügt.

Die Gültigkeitsdauer der Ergebnisse des Einstufungstests oder eines Diploms, das ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigt, beträgt 24 Monate.

Art. 12 – Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration

Bei den in Artikel 9 des Dekrets erwähnten Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration handelt es sich um Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen.

Der Minister legt die Liste der in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen fest.

KAPITEL 3 – ALLGEMEINE ZUSCHÜSSE

Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 13 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter „Zuschüsse“ die in Artikel 11 oder 13 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Art. 14 – Ausbildungsmaßnahmen

Die in Artikel 13 §1 des Dekrets erwähnten Ausbildungsmaßnahmen sind:
1. die in Kapitel IV des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, erwähnte individuelle Ausbildung im Unternehmen;
2. das in Kapitel 4.1 desselben Erlasses vorgesehene Einstiegspraktikum;

Maßnahmen anderer Teilstaaten, die eine gleichwertige Zielsetzung haben oder auf eine vergleichbare Weise organisiert sind wie die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen, gelten ebenfalls als Ausbildungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 13 §1 des Dekrets.

Abschnitt 2 – Bezuschussungsbedingungen

Art. 15 – Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:
1. die durch das Dekret festgelegten Bedingungen werden eingehalten;
2. der Arbeitsantritt oder der Beginn der in Artikel 9, 12 oder 13 des Dekrets erwähnten Maßnahme liegt innerhalb der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung;
3. die Einstellung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erfolgt im Rahmen eines schriftlichen Arbeitsvertrags gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge, der eine Klausel enthält, die den AktiF- oder AktiF PLUS-
Berechtigten darüber aufklärt, dass die Kündigungsfrist gemäß Artikel 37/5 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. Juli 1978 sieben Tage beträgt;

4. die Beschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten ist im Einklang mit der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit;

5. die Beschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erfolgt gemäß den Bestimmungen in Sachen Entlohnung und anderen Arbeitsbedingungen;

6. die Entlohnung oder andere außergesetzliche Vorteile des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten entsprechen dem, was ein Personalmitglied für die gleiche oder eine vergleichbare Funktion erhalten würde.

**Abschnitt 3 – Einstellungs- und Beschwerdeverfahren**

**Art. 16 – Einstellungsverfahren**

§1 – Zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten reicht der Arbeitgeber in elektronischer oder in Papierform den Antrag beim Ministerium ein.

Der Antrag wird spätestens am 45. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten eingereicht.

§2 – Das Ministerium überprüft die Zulässigkeit des Antrags.

Der Minister übermittelt dem Arbeitgeber seine Entscheidung innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Erreichen des Antrags.

**Art. 17 – Beschwerdeverfahren**

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Verweigerung beim Minister Beschwerde einreichen.

Der Arbeitgeber übermittelt dem Minister die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats nach Erhalt der Verweigerung.

Der Minister entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Erteilung der Zuschüsse.

**Abschnitt 4 – Bezuschussungsmodalitäten**

**Art. 18 – Zahlungsmodalitäten**

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers gemäß den Artikeln 16 und 17 werden die Zuschüsse monatlich als Vorschuss durch das Ministerium gezahlt.

Der erste Vorschuss wird aufgrund der im Antrag enthaltenen Angaben ausgezahlt. Die folgenden Vorschüsse werden aufgrund der im Gehaltsbeleg des vorherigen Monats enthaltenen Angaben ausgezahlt.

Der schriftliche Arbeitsvertrag wird dem Ministerium unmittelbar nach der in Artikel 16 oder 17 erwähnten Entscheidung übermittelt. Liegt dieser am Tag der ersten Vorschusszahlung nicht vor, wird der Zuschuss nicht als Vorschuss ausgezahlt.
Art. 19 – Gehaltselege

Der Arbeitgeber reicht die Gehaltselege spätestens innerhalb der ersten zwei Wochen nach Ablauf des Monats, auf den sie sich beziehen, beim Ministerium ein. Die Gehaltselege können ebenfalls elektronisch eingereicht werden.

Nach Ablauf dieser Frist wird der Zuschuss nicht mehr als Vorschuss ausgezahlt.

Nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach dem Monat, auf den sich die Gehaltselege beziehen, wird der betreffende Zuschuss nicht mehr ausgezahlt.

Art. 20 – Deckelung und Verrechnung mit anderen Interventionen

§1 – Der jährliche Gesamtbetrag der Zuschüsse kann die Summe der folgenden Beträge nicht übersteigen:
1. das Bruttogehalt des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
2. das Urlaubsgeld des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
3. die dem AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung oder kollektiven Arbeitsabkommen zu zahlende Jahresendprämie oder vorgegebene Beteiligung an den Fahrtkosten zum Arbeitsplatz;
4. die durch den Arbeitgeber zugunsten des Landesamtes für soziale Sicherheit zu zahlenden Beträge.

Pro AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten wird der Zuschuss um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der Lohnkosten überschreitet.

§2 – Der Arbeitgeber ist verpflichtet, das Ministerium unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und jegliche Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten in Kenntnis zu setzen.

Art. 21 – Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse


Art. 22 – Indexierung


KAPITEL 4 – BESONDERE ZUSCHÜSSE

Abschnitt 1 – Projektgebundene Stellen

Unterabschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 23 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Zuschüsse die in Artikel 21 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Art. 24 – Projektgebundene Stelle

Unter projektgebundener Stelle im Sinne von Artikel 20 des Dekrets versteht man Projekte, für deren Ausführung AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien gewährt werden:

1. der durch das Projekt gedeckte gesellschaftliche Bedarf im deutschen Sprachgebiet;
2. die finanzielle Tragbarkeit des Projektes, die anhand der bestehenden Bilanzen bis zu höchstens drei Jahren rückwirkend ab dem Antrag und anhand eines Finanzierungsplanes für die Projektlaufzeit zu bewerten ist;
3. die Berücksichtigung des Grundsatzes einer nachhaltigen Entwicklung;
4. die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschen Gesellschaft erforderliche Prioritätsermittlung der Projekte auf Grundlage der in den Nummern 1, 5 und 6 angeführten Kriterien;
5. der beschäftigungsorientierte Mehrwert, der aus der Stellengenehmigung resultiert;
6. die Vereinbarkeit der Aktivitäten der Einrichtung mit der definierten Regierungspolitik;
7. die Bemühungen des Arbeitgebers, ohne gegen das Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinbarungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen, zu verstoßen, Eigeneinnahmen zu erwirtschaften;
8. die Vorlage eines Gutachtens oder Inspektionsberichtes durch das Ministerium;
9. die überrationale Ausrichtung der Aktivitäten;
10. die Bedingung der Existenz eines Arbeitgebers und/oder des Projektes an den Erhalt eines AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses oder die Existenzfähigkeit der Einrichtung im Falle der Streichung eines oder mehrerer AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse;
11. die Aktivierung oder Unterstützung des Ehrenamtes;
12. die Konsolidierung des Bewährten;
13. die Vorlage und die konkrete Umsetzung eines arbeitsmarktorientierten Weiterbildungskonzeptes zugunsten des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
14. der innovative Charakter des Projektes.

Unterabschnitt 2 – Projektantragsverfahren

Art. 25 – Projektantrag

Für den Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten reicht der Arbeitgeber anhand eines vom Ministerium zur Verfügung gestellten Formulars dort einen Projektantrag ein.

Der Projektantrag umfasst:
1. die Informationen zur Identifizierung des Arbeitgebers;
2. die Projektbeschreibung, die in Artikel 24 erwähnten Elemente enthält;
3. die Anzahl beantragter Stellen;
4. einen Finanzierungsplan für die gesamte Projektdauer.

**Art. 26 – Projektgenehmigung**

Nach Überprüfung des Projektantrags durch das Ministerium entscheidet der Minister über den Antrag.

Das Ministerium übermittelt die Entscheidung dem Arbeitgeber.

**Art. 27 – Projektverlängerung**

Ein Jahr vor Ablauf der bewilligten Projektdauer kann ein Antrag auf Projektverlänge rung gemäß den Artikeln 25 und 26 gestellt werden.

**Art. 28 – Änderungen des Projektes**

Der Arbeitgeber beantragt jegliche Abänderung des genehmigten Projekts, insbesonde re was die zulässigen Aktivitäten betrifft, gemäß den Artikeln 25 und 26.

Wird ein ganztägig beschäftigter AktIF- oder AktIF PLUS-Berechtigter durch mehrere Teilzeitkräfte ersetzt und umgekehrt, gilt dies nicht als Abänderung.

**Unterabschnitt 3 – Bezuschussungsbedingungen**

**Art. 29 – Bezuschussungsbedingungen**

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:
1. die Einhaltung der in Artikel 15 festgelegten Bedingungen;
2. die Einstellung des AktIF- und AktIF PLUS-Berechtigten innerhalb von sechs Monaten ab dem ersten Tag des Monats nach der in Artikel 26 erwähnten Genehmigung.

**Unterabschnitt 4 – Einstellungs- und Beschwerdeverfahren**

**Art. 30 – Einstellungs- und Beschwerdeverfahren**

Das Verfahren zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktIF- oder AktIF PLUS-Berechtigten sowie das Beschwerdeverfahren unterliegt den in den Artikeln 16 und 17 festgelegten Modalitäten.

**Art. 31 – Ersetzung**

Ein AktIF- und AktIF PLUS-Berechtigter, der seine Stelle verlassen hat, kann für den weiteren Erhalt der Zuschüsse ersetzt werden. Der Arbeitgeber währt den Anspruch auf einen gemäß Artikel 21 des Dekrets festgelegten Zuschuss, falls die Ersetzung innerhalb von sechs Monaten ab dem Abgangsdatum des AktIF- oder AktIF PLUS-Berechtigten erfolgt ist.
Unterabschnitt 5 – Bezuschussungsmodalitäten

Art. 32 – Zahlungsmodalitäten

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 30 unterliegt die Bezuschussung den in Kapitel 3 Abschnitt 4 festgelegten Modalitäten.

Art. 33 – Nicht-Auszahlung an bestimmte Einrichtungen


Art. 34 – Abtretung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei einem anderen in Artikel 19 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber von diesem übernommen werden, insofern das Projektziel, für das der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte weiterbeschäftigt wird, und die Aufgaben des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei dem neuen Arbeitgeber mit den bisherigen vergleichbar sind.


Binnen 30 Tagen nach Erhalt des erwähnten Schreibens und der Erklärung entscheidet der Minister, ob und unter welchen Bedingungen der genehmigte Zuschuss für die Weiterbeschäftigung auf den künftigen Arbeitgeber übertragen werden kann.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung.

Abschnitt 2 – Konventionsstellen

Unterabschnitt 4 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 35 – Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter:
1. Arbeitgeber: die in Artikel 24 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber;
2. Zuschüsse: die in Artikel 26 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse;


Unterabschnitt 2 – Zweckbestimmung

Art. 36 - Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten

Im Rahmen der Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können die Arbeitgeber mittels eines Abkommens, das zwischen dem jeweiligen Arbeitgeber einerseits und dem Minister andererseits abgeschlossen wird, eine Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für die Beschäftigung von AktI-F und AktI PLUS Berechtigten gemäß Artikel 38 oder 39 erhalten.


Art. 37 – Abkommen bezüglich der Abtretungen

Im Falle einer Abtretung im Sinne von Artikel 28 des Dekrets führt das entsprechende Abkommen zwischen den Gemeinden und den anderen Arbeitgebern und dem Minister zumindest das durch die jeweiligen Gemeinden an die Arbeitgeber mit Tätigkeit in der jeweiligen Gemeinde abgetretene Budget auf, insofern keine anderslautende Stellungnahme des Empfängers der Abtretung zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt.

In Abweichung von den Artikeln 38 und 39 können die Abkommen hinsichtlich der Abtretungen des Budgets der Gemeinde an andere Arbeitgeber einmal jährlich auf Basis eines spätestens zum 1. November zu stellenden Antrags der Gemeinde abgeändert werden.

Unterabschnitt 3 – Budget

Art. 38 – Gemeinden

§1 – Den Gemeinden steht im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens fünf Jahre beträgt, ein jährliches Budget für die Beschäftigung von AktI-F und AktI PLUS-Berechtigten zur Verfügung, das folgende Zuwendungen umfasst:

1. eine Basiszuwendunng;
2. eine 1. Zusatzzuwendung;
3. eine 2. Zusatzzuwendung.

§2 – Die Regierung legt für die in §1 Nummer 1 erwähnte Basiszuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das unter Berücksichti-
gung der effektiven Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse im Jahr 2015 durch die Gemeinden und die auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ verteilt: wird.


Die Regierung legt für die in §1 Nummer 3 erwähnte 2. Zusatzzuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das proportional zur Anzahl beim Arbeitsamt eingetragener nicht beschäftigter Arbeitsuchender mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet zwischen den Gemeinden aufgeteilt wird. Für diese Berechnung dient als Referenzmonat der Monat Dezember des vorletzten Jahres des Jahres, in dem das in §1 erwähnte Abkommen beginnt.

Art. 39 – Mehrgemeindepolizeizonen, reine Interkommunalen, Gemeinderegionen

§1 Mehrgemeindepolizeizonen, reine Interkommunalen und autonome Gemeinderegionen können zusätzlich zu dem von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß dem Artikel 37 abgetretenen Budget im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens fünf Jahre beträgt, ein jährliches Budget für die Beschäftigung von Aktif- oder AktIF PLUS-Berechtigten erhalten, das eine Basiszuwendung und eine Zusatzzuwendung umfasst.

§2 Die Regierung legt für die in §1 erwähnte Basiszuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das unter Berücksichtigung der tatsächlichen Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse im Jahr 2015 durch den jeweiligen in Absatz 1 erwähnten Arbeitgeber mit Sitz im deutschen Sprachgebiet verteilt wird.


Art. 40 – Indexierung des Budgets

Werden die Zuschüsse gemäß Artikel 22 indexiert, wird auch das gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts durch die Regierung festgelegte Budget für den jeweiligen Arbeitgeber nach der gleichen Formel von Rechts wegen angepasst.

Unterabschnitt 4 – Bezuschussungsbedingungen

Art. 41 – Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:
1. die Einhaltung der in Artikel 15 festgelegten Bedingungen;
2. die Bescheinigung wird spätestens am 45. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts beim Ministerium eingereicht.
Unterabschnitt 5 – Bezuschussungsmodalitäten

Art. 42 – Zahlungsmodalitäten

Die Zahlung des Zuschusses erfolgt in Form eines monatlichen Vorschusses durch das Ministerium.


Die monatlichen Vorschüsse entsprechen einem Zwölftel des gemäß den Artikeln 38, 39 und ggf. 40 festgelegten Budgets. Im Laufe des ersten Semesters des Jahres, das dem zu bezuschussenden Jahr folgt, erfolgt die definitive Verrechnung der ausgezahlten Vorschüsse.

Art. 43 – Nicht Einreichen der Leistungskoeffizienten

In Ermangelung der Einreichung der Leistungskoeffizienten wird nach Ablauf einer Frist von drei Monaten, nach dem Monat, auf den sich die Leistungskoeffizienten beziehen, der betreffende Zuschuss nicht mehr ausgezahlt.

Art. 44 – Deckelung und Verrechnung mit anderen Interventionen

Die Deckelung und die Verrechnung der Zuschüsse mit anderen Interventionen unterliegt der Anwendung von Artikel 20.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 werden im Falle einer Teilzeitbeschäftigung die in Artikel 26 des Dekrets angeführten Zuschüsse jeweils auf Grundlage der Arbeitsdauer im Verhältnis zu einer Vollbeschäftigungsdauer beim betreffenden Arbeitgeber gekürzt.

Art. 45 – Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse

Die Einbehaltung und Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Zuschüsse unterliegt der Anwendung von Artikel 21.

Art. 46 – Indexierung

Die Indexierung unterliegt der Anwendung von Artikel 22.

Art. 47 – Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung die in Artikel 26 des Dekrets vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren.
KAPITEL 5 - INVERZUGSETZUNG, AUSSETZUNG UND AUFHEBUNG

Art. 48 - Inverzugsetzung

Wenn das Ministerium feststellt, dass der Arbeitgeber eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält oder gegen deren Bestimmungen verstößt, setzt das Ministerium den Arbeitgeber in Verzug, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen und innerhalb derselben Frist Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Arbeitgeber spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Ministerium beantragen.

Art. 49 - Aussetzung

Kommt der Arbeitgeber nach der in Artikel 48 erwähnten Inverzugsetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister nach einem Gutachten des Ministeriums die Auszahlung der Zuschüsse aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Arbeitgeber per Einschreiben seine Absicht mit. Der Arbeitgeber kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Auszahlung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Arbeitgeber unverzüglich übermittelt.

Art. 50 - Beschwerde gegen die Aussetzung

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Aussetzung der Auszahlung bei der Regierung Beschwerde einreichen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Arbeitgeber übermittelt der Regierung die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats, beginnend ab dem Tag der Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Zulässigkeit der Beschwerde.

Art. 51 - Aufhebung

Kommt der Arbeitgeber nach Ablauf der Dauer der in Artikel 49 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann der Minister nach einem Gutachten des Ministeriums die Auszahlung der Zuschüsse definitiv aufheben.

Vor der Aufhebung teilt der Minister dem betroffenen Arbeitgeber per Einschreiben seine Absicht mit. Der Arbeitgeber kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aufhebung.
Dieser Beschluss wird dem betroffenen Arbeitgeber unverzüglich übermittelt.

Art. 52 − Beschwerde gegen die Aufhebung

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Aufhebung der Auszahlung gemäß den in Artikel 50 festgelegten Modalitäten Beschwerde gegen den betreffenden Beschluss einreichen.

Art. 53 − Ausschluss von der Gewährung von Zuschüssen

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 35 und Kapitel 7 des Dekrets schließt das Vorliegen folgender Tatbestände den Arbeitgeber für höchstens fünf Jahre von der Gewährung der Zuschüsse aus:
1. das Vorliegen eines rechtskräftigen Aufhebungsbeschlusses;
2. die wiederholte Feststellung von Verstößen gegen das Dekret oder seine Ausführungsbestimmungen.

KAPITEL 6 − BERICHTERSTATTUNG

Art. 54 − Berichterstattung

§ 1 − Das Arbeitsamt übermittelt dem Ministerium mindestens jährlich für die in den Artikeln 35 und 37 des Dekrets erwähnte Kontrolle sowie für die in Artikel 43 des Dekrets erwähnte Berichterstattung folgende Informationen:
1. Angabe über die vom Arbeitsamt ausgestellten Bescheinigungen, aufgeschlüsselt nach dem Grund der Gewährung der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse, und zwar:
   a) im Fall von AktiF-Berechtigten, ob es sich um die in Artikel 4, 5, 6 oder 7 des Dekrets erwähnten nichtbeschäftigt Arbeitsuchenden handelt;
   b) im Fall von AktiF PLUS-Berechtigten, aufgrund welcher der in Artikel 8 des Dekrets erwähnten Vermittlungshemmnisse die Bescheinigung ausgestellt wurde;
   c) ob die Bescheinigung aufgrund einer in Artikel 2 und/oder 3 erwähnten Gleichsetzung ausgestellt wurde;
   d) Angabe über das Ausbildungsniveau des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
   e) im Fall der Anwendung von Artikel 9, 12 oder 13 des Dekrets, um welche Maßnahme es sich handelt;
   f) die Gemeinde, in der sich der Wohnsitz des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten befindet;
   g) das Geburtsdatum des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;

Das Arbeitsamt übermittelt dem Ministerium pro Bescheinigung die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Informationen.

Wenn das Arbeitsamt dem Ministerium die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b) erwähnten Informationen bezüglich AktiF PLUS-Berechtigter, denen AktiF PLUS-Zuschüsse aufgrund von Artikel 10 gewährt werden, übermittelt, schlüsselt das Arbeitsamt ebenfalls auf, aufgrund welcher der in Artikel 10 erwähnten Bedingungen die AktiF PLUS-Zuschüsse gewährt wurden.

§ 2 − Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind das Ministerium, das Arbeitsamt und andere Personen, die an der Ausführung des vorlie-
genden Erlasses beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

§ 3 – Das Ministerium und das Arbeitsamt, jeder für seinen Aufgabenbereich, sind für die Verarbeitung der in § 1 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich und gelten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung.

Das Ministerium und das Arbeitsamt verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung gesetzlicher oder dekretaler Aufträge, insbesondere was die in Kapitel 2 – 4 und Kapitel 6 – 7 des Dekrets aufgeführten Aufgaben betrifft, jeder für seinen Aufgabenbereich. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

§ 4 – Die Daten dürfen höchstens während 10 Jahren nach ihrer Übermittlung an das Ministerium in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 7 – SCHLÜSSELBESTIMMUNGEN

Art. 55 – Abänderungsbestimmung


Art. 56 – Abänderungsbestimmung


Art. 57 – Abänderungsbestimmung


„Art. 6 – Die in Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 erwähnte Zielgruppenermäßigung kann wie folgt gewährt werden:
1. in Höhe des Pauschalbetrages G3 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 58 Jahren erreicht haben;
2. in Höhe des Pauschalbetrages G2 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 56 Jahren erreicht haben;
3. in Höhe des Pauschalbetrages G1 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 59 Jahren erreicht haben;\n\n
4. in Höhe des Pauschalbetrages G8 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 62 Jahren erreicht haben.

**Art. 58 – Abänderungsbestimmung**

In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. März 2018, wird folgender Artikel 6/1 eingefügt:


**Art. 59 – Abänderungsbestimmung**


1. in §4 wird folgende Nummer 13 eingefügt:


2. §7 wird aufgehoben;

3. folgender §8 wird eingefügt:

„§8 – Für die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen, die in den Anwendungsbe- reich des vorliegenden Artikels fallen und deren Arbeitsantritt nach dem 31. Dezember 2018 liegt, wird die im vorliegenden Artikel erwähnte Zielgruppenermäßigung nicht mehr gewährt."

**Art. 60 – Abänderungsbestimmung**


**Art. 61 – Aufhebungsbestimmung**

Werden aufgehoben:


Art. 62 – Übergangsbestimmung


Art. 63 – Übergangsbestimmung


Art. 64 – Übergangsbestimmung


Art. 65 – Übergangsbestimmung

Art. 66 – Übergangsbestimmung


Art. 67 – Übergangsbestimmung

Artikel 13 des Dekrets ist anwendbar auf Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttreitens des Dekrets einer in Artikel 14 erwähnten Ausbildungsmaßnahme folgen und die nachweisen, dass sie am Vortag des Beginns dieser Ausbildungsmaßnahme die AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschussbedingungen erfüllten, insofern sie im Anschluss beim selben Arbeitgeber beschäftigt werden.

Art. 68 – Inkrafttreten


Art. 69 – Durchführungsbestimmung

Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 28. September 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin,
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

I. WEYKMANS